

# Neuer Medienstaatsvertrag: Mehr Lokaljournalismus, weniger Schleichwerbung

BERLIN – Mehr Unterstützung für Lokaljournalismus, weniger Schleichwerbung: Zum 1. Oktober ist der neue Medienstaatsvertrag Berlin-Brandenburg in Kraft getreten. Beide Länderparlamente hatten im Juni (Brandenburg) und August (Berlin) zugestimmt. Neben zahlreichen medienrechtlichen Anpassungen an die Erfordernisse der digitalen Medienwelt werden die Rechte und Möglichkeiten der Medienanstalt Berlin-Brandenburg gestärkt.

Für die beiden Medienstaatssekretäre der Länder, Christian Gaebler und

Thomas Kralinski, ist der Medienstaatsvertrag damit „auf der Höhe der Zeit“: „Die sich schnell verändernde Medienwelt bekommt damit einen modernen Rechtsrahmen.“ Viele Verfahren wurden vereinfacht. So wurde das sogenannte Führerscheinmodell eingeführt: Die Zulassung für Rundfunkangebote ist damit unabhängig vom Übertragungsweg und nicht mehr zwangsläufig mit der Zuweisung von Übertragungskapazitäten (bspw. UKW- oder DVB-T-Frequenzen) verbunden. Aufsichtsmaßnahmen der Medienanstalt werden künftig direkt vollziehbar, auch bekommt sie bessere Möglichkeiten, gegen Schleichwerbung vorzugehen und für die Einhaltung journalistischer Standards bei lokalen und regionalen Rundfunkveranstaltern zu sorgen.

Brandenburgs Medienstaatssekretär **Thomas Kralinski**: „Aus Brandenburger

Sicht ist besonders wichtig, dass die Medienanstalt ein neues Förderinstrument an die Hand bekommt, mit dem sie lokaljournalistische Angebote unterstützen kann. Gerade in ländlicheren Regionen sind hier in den letzten Jahren große Defizite entstanden. Mit der Förderung von Rundfunk- und

Internetangeboten wollen wir dem bereits im kommenden Jahr entgegenwirken.“

Der Chef der Senatskanzlei Berlin, **Christian Gaebler**, weist auf die Stärkung der Freien Radios hin: „Freie Radios haben die Versuchsphase längst hinter sich gelassen und sind fester Teil unserer Medienlandschaft geworden. Die Förderung der technischen Infrastruktur und der Programmverbreitung der Freien Radios haben wir nun ebenfalls als Aufgabe der Medienanstalt rechtlich verankert.“

---

## **Müller gratuliert Berliner Zoo zum 75. Geburtstag**

BERLIN – Der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) hat dem weltberühmten Berliner Zoo zum 175. Geburtstag gratuliert. Müller sagte: „Unseren Zoo in Tiergarten, dessen 175. Geburtstag wir feiern, zeichnen diese drei Dinge besonders aus: Er ist der älteste Zoo Deutschlands, er ist der artenreichste Zoo der Welt, und er hat einen eigenen Bahnhof. Die Berliner lieben und verehren seine Bewohnerinnen und Bewohner ebenso wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Knautschke und Bulette, Knut, die Pandapaare Meng Meng und Jiao Qing sowie früher Bao Bao und Tjen Tjen sowie Yan Yan – Tiere wie diese haben die Stadt bewegt und die Herzen der Menschen erreicht.“

Der Berliner Zoo habe die Berliner seit seiner Eröffnung im Jahre 1844 durch alle Höhen und Tiefen begleitet. Unvergessen sei die damals einzige Zoodirektorin Deutschlands, Katharina Heinroth, unter deren Leitung der weitgehend zerstörte Zoo nach 1945 wieder aufgebaut wurde.

Müller: „So politisch wie diese Stadt Berlin, so politisch ist manchmal auch die Geschichte ihrer Zoos. Natürlich sind die Pandas immer auch ein Beispiel der liebenswerten Züge internationaler Diplomatie. Zu Zeiten der Teilung haben der Zoo und der Tierpark Friedrichsfelde ihre jeweilige Rolle zu spielen gehabt. Wir sind dankbar, dass aus der Konkurrenz des Anfangs in der Zeit der Berliner Mauer ein gemeinsames Miteinander gewachsen ist, das uns als ‚Stadt der Freiheit‘ schmückt.“

---

## **Schlager sind wieder in: 25.000 Fans feierten in Hoppegarten mit Radio B 2**

BERLIN – Die Rennbahn Hoppegarten war am Samstag bunte Vielfalt pur: 25.000 Fans feierten sich selbst und den deutschen Schlager in bunten Kostümen (Pettycoats), mit Glitzer-Hütchen und T-Shirts mit Aufschriften wie „Schlager-Mutti“. Bei vornehmlich strahlendem Sonnenschein und abwechselnd kurzen Regenschauern eroberten fast alle Top-Stars der Szene Bühne und Herzen ihrer Fans.

Besonders feucht wurde es aber für den Wendler, der „Sie liebt den DJ“ im strömenden Regen inmitten der Menge sang, begleitet von Tausenden begeisterten Mitsängerinnen. Unmittelbar nach seinem Auftritt, düste der Schlagersänger, der übrigens mit Vornamen nicht „der“ sondern Michael heißt, per Flieger nach Mallorca, wo er am selben Abend noch auf einer anderen großen Bühne erwartet wurde.

Radio B 2, Deutschlands Schlagerradio, hatte zu dem Open-Air namens „B 2 Schlagerhammer“ eingeladen. Feuchte Augen bei vielen Schlagerfans, als die Ostrocker von „Karat“ die Bühne erklimmen. Klaus & Klaus huldigten der „Nordseeküste“ und dann noch den Krankenschwestern. Höhepunkt neben dem Wendler war aber zweifellos Michelle („Du Idiot“). Unglaublich, was für eine Energie die blonde Sängerin – ebenfalls im Regen – versprühte.

Der Erfolg des „Schlagerhammers“ und des Senders hat einen Namen: Oliver Dunk. Er ist der Mann, der ein feines Gespür für diesen Genre hat. Er lebt den Schlager, was er gern auch mit passenden stylischen Outfits demonstriert. Der frühere Chefmoderator des ersten Berliner Privatsenders *Hundert,6* betreibt neben B 2 noch weitere Digitalsender. Im Jahr 2014 wurde er für seine „Verdienste um den deutschen Schlager“ von der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Schlager und Volksmusik e.V. (ADS) mit einem Preis geehrt.

Gerade erst wurden die neuen Zahlen der Media-Analyse bekannt. Mit 102.000 Hörern pro Durchschnittsstunde verzeichnet Radio B 2 einen Zuwachs von 6,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Tagesreichweite stieg sogar um 8,9 Prozent auf 282.000 Hörer.

---

## **Der Senat macht sich lächerlich: „Hauptmann von Köpenick“ ist Rot-Rot-Grün zu „militaristisch“**

KÖPENICK – Berlin wird immer mehr zur Lachnummer. Der Senat lehnte jetzt ab, die Bewerbung des „Hauptmann von Köpenick“

als UNESCO-Kulturerbe zu unterstützen. Grund: Das Stück sei „zu militaristisch“.

Seit eineinhalb Jahren bemüht sich ein Verein unter Vorsitz des früheren CDU-Bundestagskandidaten Niels Korte um das Projekt. Die *Berliner Zeitung* berichtet jetzt, dass der rot-rot-grüne Senat dem Köpenicker SPD-Abgeordneten Robert Schaddach, der die Idee ebenfalls unterstützt, mitgeteilt habe, man „sei von der Bewerbung mit dem Titel ‚Der Hauptmann von Köpenick und die Köpenickiade‘ nicht überzeugt. Das „Landes-Expertengremium“ habe die Idee abgelehnt. Kultursenator Senator Klaus Lederer (Linke) teile diese Auffassung.

In einem Schreiben an die CDU führte der Senat dazu aus: „Da die Köpenickiade mit dem deutschen Kaiserreich und dem preußischen Militarismus verbunden und nicht mehr zur Identifikation geeignet ist, ist fraglich, ob und welche Bedeutung sie in unserer heutigen Gesellschaft noch hat beziehungsweise haben könnte.“

Tatsächlich ist die Geschichte des Hauptmanns von Köpenick genau das Gegenteil als eine Verherrlichung des Militarismus. Der Kleinkriminelle Wilhelm Voigt organisierte sich in Carl Zuckmayers Theaterstück eine gebrauchte Hauptmannsuniform, besetzte dann mit ein paar zufällig vorbeikommenden Gardesoldaten das Rathaus, ließ die Ausgänge schließen und untersagte den Beamten und Besuchern „jeglichen Verkehr auf den Fluren“. Dann ließ er „im Namen Seiner Majestät“ den Oberstadtsekretär Rosenkranz und Bürgermeister Georg Langerhans in ihre Amtsstuben festsetzen.

Ganz Deutschland lachte über die Geschichte, die sich tatsächlich so ähnlich ereignete haben soll, als der gleichnamige Film 1956 mit Heinz Rühmann in der Hauptrolle in die Kinos kam. Die Geschichte ist eine Satire, die den Militarismus und den deutschen Untertanengeist im Angesicht einer Offiziersuniform karriert. Offenbar verstehen die

regierenden „Antimilitaristen“ nicht nur keinen Spaß, sondern sie haben auch bei der Textexegese nicht ihre Stärken...

---

## **Rot-Rot-Grün will Feuerwerk zu Silvester 2019 beschränken**

BERLIN – Die rot-rot-grüne Regierung in Berlin bringt kommende Woche einen Antrag ins Abgeordnetenhaus ein, um ab 2019 das Silvesterfeuerwerk in der Hauptstadt spürbar zu reduzieren. Was auf den ersten Blick nach einem weiteren Versuch roter und grüner Ideologen aussieht, den Bürgern den Spaß zu verderben, hat einen ernsten Hintergrund. Der *Tagesspiegel* hat vergangene Woche die Bilanz der Silvesternacht 2017 in Berlin noch einmal dokumentiert. Damals gingen bei der Polizei 3.084 Notrufe ein, 21 Opfer von Knallkörpern wurden im Unfallkrankenhaus Marzahn behandelt, ein 13-Jähriger verlor ein Auge, einem Mann wurden drei Finger abgerissen und 1.580 Mal rückte die Feuerwehr aus – wohlgemerkt in einer einzigen Nacht!

Damit nicht genug: Polizei und Feuerwehrleute wurden angegriffen, geschlagen, mit Raketen beschossen und Böllern beworfen. Es gab 57 Angriffe auf Einsatzfahrzeuge und mehrere verletzte Polizisten.

Die Mehrheitsfraktionen versicherten inzwischen, dass es kein Verbot von Feuerwerkskörpern in der City geben soll. Wie sollte so etwas auch durchgesetzt werden? Stattdessen wollen die rot-rot-grünen Fraktionen die Durchsetzung von Maßnahmen an die Bezirke delegieren und unter anderem den Verkauf von Böllern einschränken.

---

# Was ist los an der Vorzeigeschule in Tempelhof?

TEMPELHOF – Eine „Schule ohne Rassismus“ zu sein – das sagt man der Johanna-Eck-Schule in Tempelhof nach. Eine Bildungseinrichtung, die hochgelobt und ausgezeichnet für ihren Einsatz zur Integration von Kindern mit Migrationshintergrund.

Gestern berichtete der *Tagesspiegel* über eine Schwarze Kasse, die kurz nach Dienstantritt der neuen Schulleiterin Mengü Özhan-Erhardt entdeckt worden ist. Im Sekretariat „fand“ sie rund 13.000 Euro, Geld, das ursprünglich von Eltern für den Kauf von Büchern gesammelt worden war. Aber warum wurde das Geld dann nicht ausgegeben?

Dann eskalierte die Situation an der Schule im Sommer des vergangenen Jahres. Angeblich sei Özhan-Erhardt wegen ihrer türkischen Wurzeln von anderen Lehrern diskriminiert worden.

Das habe den entschiedenen Widerspruch des Kollegiums hervorgerufen. „Die im Kollegium vorhandenen Probleme haben nichts mit dem Migrationshintergrund von Frau Özhan-Erhardt zu tun“, wird der Lehrer Reiner Haag im *Tagespiegel*-Artikel zitiert.

Immer mehr skandalöse Vorgänge kommen nun ans Licht. So habe die Schule den Kirchen mehr als 450 Schüler angegeben, die für den Religionsunterricht angemeldet seien. Tatsächlich hat die Schule insgesamt nur 400 Schüler. Zwei Religionslehrer, die dann der Schule zugeteilt wurden, setzte man „anders“ ein. Sie hätten sogar staatliche Prüfungen abgenommen. Obwohl es nur drei Willkommensklassen mit Flüchtlingskindern an der Schule gibt, seien fünf gemeldet worden. „...die bestausgestattete

Schule Berlins“, ätzte die *BZ* dazu.

---

# **Selbstbedienungsladen rbb: Landesrechnungshof kritisiert schnelle Beförderungen und üppige Gehälter**

Berlin – Erst wenige Wochen ist es her, dass der Landesrechnungshof massive Kritik am landeseigenen Berliner Vivantes-Konzern übte, weil das Unternehmen, nach eigenen Angaben, Deutschlands größter Klinikkonzern, Managern völlig überzogene Boni und Anfindungen gezahlt hatte. Anfang Juni hatte auch der öffentlich-rechtliche *rbb* darüber berichtet.

Nun steht dieser Sender selbst massiv in der Kritik. Denn im 300 Seiten starken Jahresbericht 2018 listen die Kassenprüfer unter zahlreichen anderen Beispielen von Verschwendung öffentlicher Mittel auch Beispiele aus dem *rbb* auf.

Der Rechnungshof kritisiert, dass es seit Gründung des Senders vor 15 Jahren „kein vollständig einheitliches Tarifwerk“ für die Mitarbeiter gebe. Das System bestimmter Zulagen und Prämien sei intransparent.

Der bekannte *BZ*-Kolumnist *Gunnar Schupelius* hat das jetzt konkretisiert. In einem aktuellen Beitrag benennt er die Missstände ohne Umschweife:

*„Die Gehälter seien grundsätzlich zu hoch, die Mitarbeiter würden zu schnell befördert. Die Gewährung von Prämien und*

*auch die Honorare für Vertretungen seien schwer durchschaubar. Der Sender zahle außerdem Zuschläge für das Fahren großer Fahrzeuge und ein extra Kindergeld.“*

Die Vergütungen seien deutlich besser als im Öffentlichen Dienst, moniert der Prüfbericht des Landesrechnungshofes. So liege die *niedrigste Anfangsvergütung* beim rbb monatlich 1.797, 44 Euro und die höchste bei 10.329 Euro (Stand: Januar 2018). In den höheren Vergütungsgruppen verdienen die Mitarbeiter des Senders *monatlich 4000 Euro brutto mehr pro Monat als ihre vergleichbaren Kollegen im öffentlichen Dienst der Stadt.*

Auf Nachfrage der BZ habe eine Sprecherin des rbb zugesagt, „etwaige Beanstandungen bzw. Verbesserungsvorschläge sehr ernst zu nehmen und darauf zu reagieren“. Ist das nicht schön?

*FOTO: Treppenhaus im rrb / pixabay*

---

## **Geschmackloses Mauer-Spektakel in Mitte geplant**

Berlin – Der russische Regisseur Ilja Khrzhanovskij startet ein Kunstprojekt, das viele Berliner nur für geschmacklos halten. Aber Kunst und Satire dürfen ja bekanntlichereise alles. Michael Müller (SPD), Regierender Bürgermeister von Berlin, nennt das Vorhaben – wenig überraschend – „gewöhnungsbedürftig, aber grundsätzlich spannend“.

Und das ist der Plan der Künstlers:

Ab 12. Oktober soll das Leben in einem totalitären Staat

erlebbar werden – umrahmt von einer Mauer, die der berüchtigten Berliner Mauer der SED-Diktatur nachempfunden ist.

Der Bereich in Mitte wird etwa quadratisch sein und begrenzt von den Straßen *Unter den Linden*, der *Französischen Straße* und dem *Werderschen Markt*.

Wer sich das Spektakel als Besucher anschauen will, muss zuvor einen Einreiseantrag stellen und – so wird es angekündigt – „Schikanen ertragen“. Handys sind am Eingang abzugeben.

Veranstalter des Ganzen sind die Berliner Festspiele, die viele der geplanten „Attraktionen“ geheim halten. Die gute Nachricht: am 9. November soll die neue Mauer dann wieder abgerissen werden. Wie, das werden wir sehen.

---

# **Dürfen zum Jubiläum der Luftbrücke wieder Rosinenbomber in Tempelhof landen?**

von KLAUS KELLE

Es sind die historischen Ereignisse, an denen die Menschen den Unterschied zwischen politische Systemen deutlich erkennen können. Und in dieser Zeit, in denen erstaunlicher Weise gerade Konservative in Deutschland und Europa neuerdings in Putin-Besoffenheit schwelgen, ist es richtig, sich an ein

Ereignis der Nachkriegszeit zu erinnern, das vielen Berlinern das Überleben nach dem Krieg ermöglicht hat: die Luftbrücke der Westalliierten, die zwischen Juni 1948 und Mai 1949 die 2,2 Millionen Menschen in der zerbombten Stadt mit Nahrungsmitteln, Medikamenten, Steinkohle und weiteren Gütern versorgten.

Die sowjetische Besatzungsmacht hatte die Stadt in der Nacht vom 23. auf den 24. Juni 1948 als Reaktion auf die Währungsreform der Westalliierten erst von der Stromversorgung abgeschnitten, dann den gesamten Güterverkehr auf Straßen, Schienen und Wasser blockiert. Der Militärgouverneur der amerikanischen Zone in Berlin, der unvergessene *Lucius D. Clay*, setzte innerhalb von wenigen Tagen eine gewaltige Maschinerie in Gang, mit der Flugzeuge der USA, der Briten und Franzosen im Minutentakt rund um die Uhr Versorgungsgüter einflogen, um das Überleben der Berliner sicherzustellen.

In der Hauptstadt ist nun ein skurriler Streit darüber ausgebrochen, wie das Jubiläum gefeiert werden soll, denn ein gemeinnütziger Verein will organisieren, dass im kommenden Jahr bis zu 40 historische „Rosinenbomber“ in Berlin landen. Konkret: auf dem seit Oktober 2008 geschlossenen Flugfeld Tempelhof. Theoretisch wäre das möglich, aber der Senat hat entsprechende Anfragen bisher kategorisch zurückgewiesen. Und ein formeller Antrag liegt offenbar bislang nicht vor.

Erst im März dieses Jahres hatte die Senatskanzlei auf eine Anfrage des FDP-Abgeordneten Sebastian Czaja geantwortet: „Die Rosinenbomber dürfen nicht in Berlin landen.“ Ob damit das letzte Wort gesprochen ist, wird sich zeigen. Denn inzwischen hat die Aktion eine gewisse Eigendynamik entwickelt. Erste Sponsoren haben sich gemeldet um die geschätzten fünf Millionen Euro Kosten für das Event aufzubringen. Der Mineralölkonzern Total soll sich bereit erklärt haben, einen speziellen Sprit für die Veteranen-Flugzeuge zur Verfügung zu stellen.

Bleibt die Frage, ob die Rosinenbomber dann nur fliegen oder auch landen dürfen in der Stadt, der man nachsagt, dass hier alles möglich ist...

---

## **Kleines Missverständnis unter „Brüdern“ in Neukölln**

Berlin – Wegen einer „Verwechslung“ kam es am Wochenende in Neukölln zu zwei Massenschlägereien. Morgens um 1.30 Uhr wurde dabei ein 22-jähriger Mann von rund 25 arabischstämmigen Männern auf einer Sitzbank vor dem Rathaus Neukölln angesprochen, umzingelt und beleidigt. Dann begannen die Angreifer, brutal auf ihn einzuschlagen (u.a. mit einer Gasflasche) und zu -treten. Doch dann rief plötzlich jemand aus dem Mob: „Stopp, das ist der Falsche!“

Die Schläger ließen sofort vom Opfer ab, stellten ihn wieder auf die Beine und entschuldigten sich. Dann – kein Witz – umarmten sie ihn, putzten seine Kleidung sauber und nannten den Verletzten „Bruder“.

Doch der „Bruder“ hatte auch „Brüder“. Etwa 20 von denen erschienen am Nachmittag vor einem Frisörsalon an der Sonnenallee – bewaffnet mit Äxten, Knüppeln und Reizgas. Im Friseursalon vermuteten sie einen 37-jährigen Mann, der Haupttäter der ersten Attacke gewesen sein soll.

Deshalb zertrümmerten die anderen „Brüder“ erst einmal die Fensterscheibe des Friseursalons. Danach sprühten sie Reizgas in das Geschäft, verletzten Angestellte und Kunden, warfen Stühle durch den Laden. Dann flohen sie.

Während die Polizei noch Spuren sicherte, fuhr plötzlich der

37-Jährige Rädelsführer mit seinem VW Golf am Frisörsalon vorbei. Zeugen erkannten ihn wieder. Als er die nächste Runde um den Block kurvte, stellten ihn die Beamten und nahmen den Mann fest. Jetzt das Wichtigste: Beim Überprüfen der Papiere stellten die Beamten fest, dass der Wagen keine Haftpflichtversicherung hatte. Der 37-Jährige kam daraufhin in eine Zelle

Die Mehrzahl der Beteiligten an den beiden Schlägereien sind nach Angaben der Polizei Libanesen und Syrer.